

A1 Klimanotlage ernst nehmen – Klimaschutzmaßnahmen finanzieren!

Gremium:

Philipp Bruck, Robert Bücking, Ralph Saxe, Jan Saffe, Sülmez Dogan, Thomas Pörschke, Maurice Müller, Kai Wargalla, Christopher Hupe, Sahhanim Görgü-Philipp, Dorothea Fensak, Solveig Eschen, Kirsten Kappert-Gonther, GRÜNE JUGEND Bremen, Kristina Kötterheinrich und die LAG Klima & Energie, Beatrice Claus, Marten Urban und die LAG Umwelt, Silvia Schön, Ralf Bohr und die LAG Verkehr

Beschlussdatum: 29.11.2020

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

1 Am 30. Januar 2020 hat die Bremische Bürgerschaft auf Initiative der GRÜNEN-
2 Fraktion die Klimanotlage für das Land Bremen ausgerufen und erklärt: Die
3 bisherigen Klimaschutzanstrengungen Bremens reichen nicht aus, um die
4 selbstgesteckten Klimaziele zu erreichen, sie sind nicht im Einklang mit dem
5 Pariser Klimaschutzabkommen. Doch jedes Zehntel-Grad Erderwärmung verstärkt auf
6 dramatische Weise bestehende gesellschaftliche und umweltpolitische Probleme wie
7 die Bedrohung der Artenvielfalt und die Zerstörung der Lebensgrundlagen
8 hunderter Millionen Menschen, insbesondere im globalen Süden. Auch kommen wir
9 Kippunkten im Klimasystem, die zu einer Kettenreaktion immer stärkerer
10 Erwärmung führen können, immer näher. Vor dem Hintergrund der existenziellen
11 Bedrohungslage ist es notwendig, dem Klimaschutz durch das Ausrufen einer
12 Notlage oberste Priorität im politischen Handeln einzuräumen.

13 Bremen wird sein CO₂-Einsparziel von 40 % bis 2020 nicht einhalten können, bis
14 Ende 2020 wird Bremen nur etwa 20 % der CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990
15 eingespart haben. Wir sind damit nicht auf Kurs Paris, geschweige denn auf Kurs
16 1,5 Grad, wie wir GRÜNEN es gerade erst in unser Grundsatzprogramm geschrieben
17 haben. So darf es nicht weiter gehen. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel
18 von 80 % CO₂-Reduktion bis 2030 im Vergleich zu 1990 kann nur erreicht werden,
19 wenn wesentliche Transformationsprozesse in den nächsten neun Jahren nicht nur
20 angestoßen, sondern auch umgesetzt werden. Die Weichen dafür müssen noch in
21 dieser Legislaturperiode gestellt werden.

22 Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sind neben mutigen politischen
23 Entscheidungen erhebliche Investitionen in eine klimaneutrale Infrastruktur und
24 entsprechendes Personal notwendig. So müssen unter anderem Radwege und
25 Straßenbahngleise geplant und gebaut werden, Fuhrparks auf Elektromobilität
26 umgestellt werden, öffentliche Gebäude saniert und mit Solaranlagen ausgerüstet
27 werden, begleitend zu einem Landeswärmegesetz müssen soziale Härten ausgeglichen
28 und Förderangebote ausgeweitet werden.

29 Die Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen stellt fest:
30 Der Einhaltung der Bremer Klimaschutzziele muss durch die Landesregierung
31 höchste Priorität eingeräumt werden. Für eine sozialverträgliche Transformation
32 hin zu einem klimaneutralen Bremen müssen erheblich höhere Investitionen des
33 Landes und der Kommunen in Klimaschutzmaßnahmen getätigt werden.

34 Die Landesmitgliederversammlung fordert die rot-grün-rote Landesregierung dazu
35 auf, sich in den Haushaltsverhandlungen für die Jahre 2022/2023 dafür

- 36 einzusetzen, Klimaschutz als Querschnittsaufgabe aller Senatsressorts gegenüber
37 dem Status Quo finanziell, personell und strukturell deutlich zu stärken und die
38 dafür vorgesehenen Haushaltsmittel erheblich zu erhöhen.

Unterstützer*innen

Christian Neuhäuser (KV Bremerhaven); Fabian Taute (KV Bremen LdW); Jens Peter Mysliwietz (KV Bremen LdW); Mustafa Kemal Öztürk (KV Bremen-Mitte)